

Schneider und Wackernagel - Briefe aus dem Knast Amnestie nach der Niederlage?

„Die 150prozentigen draußen, die sich so hysterisch wie langweilig gegen die Amnestie in Pose bringen, müssen sich fragen lassen, ob sie die Gefangenen als Lebensinhalt und Existenzberechtigung brauchen.“ - Christof Wackernagel im Januar 84. Mehr als einhundert politische Gefangene aus RAF und Bewegung 2. Juni sitzen heute in bundesdeutschen Knästen. Verurteilt zu langjährigen Gefängnisstrafen, mehr als ein Dutzend zu lebenslanger Haft. Seit dem letzten großen Hungerstreik vor mehr als zwei Jahren hat sich ein Mantel des Schweigens über sie ausgebreitet. Ins öffentliche Licht werden sie nur noch ge-

zerrt, um abgeurteilt zu werden. Wie derzeit Peter Jürgen Boock oder Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar in Stammheim. Die meisten Linken haben sie vergessen; Ökopax und grüner Parlamentarismus sind die Themen von heute. Gert Schneider und Christof Wackernagel, beide Gefangene aus der RAF, zu 15 Jahren verurteilt, begrüßen den Vorschlag für eine Amnestiekampagne von Wolfgang Pohrt. Für sie ist, wie für Pohrt auch, die Niederlage der RAF und der gesamten militanten Linken ein unbezweifelbares „Faktum“.



Dienstag, 31.1.84 **taz**

Was Sie schon immer von der RAF wissen wollten, aber sich nie zu fragen getraut haben

Gert Schneider

Am 3. 1. 1984 veröffentlichte die taz auf der Leserbriefseite Wolfgang Pohrts Vorschlag Amnestiekampagne für politische Gefangene: „Teils zu langjähriger, teils zu lebenslanger Haft verurteilt, sitzen noch immer jene Einzelnen hinter Beton, die damals den Protest aller gegen den Vietnamkrieg etwas zu wörtlich genommen hatten, also so, wie er gemeint gewesen war. Wenn kein Wunder geschieht, werden diese Einzelnen, von denen manche seit zehn Jahren eingesperrt sind, die Zelle am Krückstock oder im Sarg verlassen.“ In seinem Aufruf heißt es weiter: „Daß die RAF und die gesamte militante Linke in der BRD verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares Faktum. Wenn die Gefangenen das bestreiten, dann wegen der allerdings sehr geringen Chance, daß der hiesige Staat aus der wechselseitigen Anerkennung von Sieger und Verlierer die gebotene Konsequenz zieht und die Verfolgung einstellt. Wenn die Sicherheitsbehörden das bestreiten - und sie gehen damit manchmal bis dicht an die Grenze zur fiktiven Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung -, dann liegt das einerseits an der traditionellen Endsiegmentalität, der berüchtigten Gründlichkeit, und andererseits brauchen die Zielfahnder und Einsatzgruppen natürlich eine Legitimation für dicke Spesenkonten und schnelle Wagen.“ Auf den Spalten der Leserbriefseite der taz meldeten sich Kritiker zu Wort, die Hamburger Monatszeitschrift „Konkret“ machte im Februar eine Titelseite: Die Vergessenen politischen Gefangenen. Christof Wackernagel und Gert Schneider, zwei Gefangene aus der RAF, beide zu 15 Jahren Knast verurteilt, haben uns zwei Beiträge zu Pohrts Vorschlag einer Amnestiekampagne geschickt. Wir veröffentlichen sie in der Hoffnung auf eine Diskussion, die erst noch eine werden muß.

Eine Amnestie-Kampagne - jetzt? Ja, warum nicht! Mittlerweile bleibt bei diesem Stand der Dinge für die Linke kaum etwas anderes mehr übrig zu tun.

Was soll also das anhebende Gezeter um das in der Tat „unbezweifelbare Faktum“ der Niederlage der militanten Linken und des bewaffneten Kampfes - einer Niederlage, die sich darin darstellt, daß weder die Linke gesiegt hat, noch daß ein Sieg oder auch nur annähernd ein Sieg, einen solchen zu erringen, in Sicht wäre, und daß schließlich auch niemand mehr nur irgend auszumachen weiß, wo ein Sieg denn noch herauskommen sollte. Um wieviel mehr unbezweifelbar, als daß unter den herrschenden Verhältnissen nicht einer mehr auch nur anzudeuten vermag, was unter einem Sieg denn schlechterdings noch vorzustellen sei, kann eine Niederlage denn überhaupt noch sein? Und zweifelt denn wirklich noch jemand daran? Oder ist es nicht gerade das unterschwellige Wissen eines jeden um genau dieses Faktum, das die Praxis und die Verlautbarungen der militanten, ewigen Kämpfer in jene trostlosen und hinsichtlich Sieg oder Niederlage so beliebigen wie je nach Situation von jedermann nach eigenem Gutdünken interpretierbaren Pseudo-Aktivitäten verwandelt, die schon lange nicht mehr um eines Zieles willen geschehen, sondern nur noch Aktionen darstellen, an die man sich klammert, um der Unmöglichkeit der Aktion willen. Das geheime Wissen derer, daß es so doch nicht gehe, die überspielte und nie eingestandene, weil möglicherweise zu tiefe Resignation, die sich auch von keiner Praxis mehr kurieren läßt, zieht sich wie ein roter Faden durch all die Proklamationen und Aufrufe, die den Kampf inzwischen nur noch mit dem Kampf selbst zu begründen vermögen.

Das Dilemma, das daraus erwächst, können auch die Gefangenen nicht mehr beseitigen - wenn sie es denn je vermocht haben - und die Hoffnungen, die man draußen um des schieren „Weitermachens -irgendwie“ auf den Kampf dieser setzt, um vielleicht doch einmal wieder einen greifbaren, unzweideutigen Inhalt des Kampfes zu bekommen, sind genau darum so wirklichkeitsfremd wie verantwortungslos. Genauso unbezweifelbar nämlich wie das Faktum der Niederlage, um das jetzt groß Geschrei aufzukommen droht, als ob es inzwischen nichts wichtigeres gäbe (z.B. die Gefangenen selbst), ist das andere im Aufruf zur Amnestie-Kampagne erwähnte genauso gewisse Fakt, um das es jedoch in den kritischen Reaktionen auf den Aufruf wie in allen Veröffentlichungen zu den Gefangenen immer verdächtig still geblieben ist, als ob es von nur geringerem Interesse wäre - das Fakt nämlich, daß, wenn so wirkungslos gebliebenen Aktionen der Militanten wie der bewaffneten Gruppen selber, eine Vielzahl der Gefangenen bis ins hohe Alter und ans Ende ihrer Tage in den Gefängnissen verderben, wenn sie nicht in irgendeinem Hungerstreik sinnlos dahinsterven.

Demgegenüber kann das anhebende empörte Gekakel um irgendeine Niederlage der Linken oder irgendeinen Sieg des Staates, wenn es denn wirklich noch um die Gefangenen gehen sollte, nur noch von höchst lächerlicher Nebenbedeutung sein: Der Staat hat die Gefangenen, damit hat er was er will, und ob sich irgendwo trotzdem immer noch welche auf dem lichten Pfad des Sieges glauben, kann ihm herzlich gleichgültig sein, denn der nur erhoffte Sieg jener ist Phantasmagorie und der tatsächliche Sieg des Staates ist ein Fakt, und letzteres

zählt. Auch jene Solidaritätsgrüße an die Gefangenen, die neben der obligaten Protokollierung der Haftbedingungen auch nur noch die schlechte Unendlichkeit eines in den Gefängnissen schier endlos währenden Kampfes zu registrieren vermögen, ohne je noch vermitteln zu können, was das darüber hinaus denn noch zu bedeuten habe, mögen zwar wert und teuer sein, aber sie ändern an diesem Fakt rein gar nichts.

Einen Fakt festzustellen und anzuerkennen, kann manchmal unangenehm sein und meist desillusionierend, aber es hat immerhin den Vorteil, daß man noch weiß, was los ist - ihn permanent zu ignorieren jedoch endet in idealistischem Wahn und gleicht sich so dem herrschenden Zug des Zeitgeistes eher an, als das es noch die Möglichkeit bewahrt, ihm etwas entgegenzustellen. Irgendwann sind dann die Aktionen nur noch politisch gemeint, und sie verlieren objektiv ihre politische Bedeutung. Ist diese politische Bedeutung jedoch einmal von der Aktion abgezogen und bleibt nur noch die militante oder militärische übrig, wird sie zum normalen Unglück, auf das sich jeder selbst seinen Reim machen kann.

Es bedarf darum eines gehörigen Maßes an Holzköpfigkeit, um angesichts eines Fakts, den in Gedanken sowieso niemand mehr bezweifelt, im Amnestie-Aufruf ein schnödes Ansinnen der Unterwerfung zu wittern. Fakten kann man sich nicht unterwerfen. Fakten ist man unterworfen, von vorneherein und objektiv, und man muß diese zur Kenntnis nehmen, wenn man sie ändern will. Nur Verhältnissen kann man sich unterwerfen oder man kann es lassen und gegen sie angehen oder kämpfen - und wenn es um dies letzte noch immer gehen sollte, dann muß man wissen, welchen Fakten man unterliegt.

Zum anderen dürfte wohl das Bild des aufrechten Revolutionärs, der dem Vertreter des Staates sich verpflichtet fühlt, schlicht, offen, ehrlich und wahrhaftig - also mit Respekt! - seine radikale Feindschaft und seinen immerwährenden Kampf gegen ihn zu bekennen, zwar höchst erbaulich erscheinen, aber doch eher einer geheimen Liebe zum Staat entspringen als aller revolutionären Moral.

Nicht weniger falsch ist jener des öfteren erhobene Vorwurf, man habe wohl bei der Amnestie-Kampagne ganz gewiß nicht die Gefangenen gefragt. Nein - wiewohl mit einigen diskutiert, hat man nicht gefragt, und dies mit Grund: So wie man einen Verhungern den vorher nicht um Genehmigung zu ersuchen braucht, ob man ihm etwas zu essen geben dürfe, muß man Gefangene nicht fragen, ob sie denn eigentlich herauswollen - sonst unterstellt man, sie könnten auch freiwillig hinter Gittern und mithin gar keine Gefangene mehr sein. Abgesehen von dieser formallogischen Schwierigkeit beim Fragen eines Gefangenen, ob man seine Amnestie erwirken dürfe, ähnelt dieser Vorhalt doch eher jener Apologie, die jeder x-beliebige Spieß, auf die Existenz von Armut und Elend hingewiesen, im Munde führt: „Die Leute wollen doch gar nichts anderes, die fühlen sich doch wohl dabei - arm aber glücklich.“

Es ist richtig, wenn die Gefangenen ange-

sichts ihrer konkreten Situation in den bundesdeutschen Gefängnissen ihre Zusammenlegung zu Gruppen fordern: Ein Ziel jedoch, das nicht durch das Herrschaftsverhältnis 'Gefängnis' determiniert ist, eine Perspektive also, die über dies hinausweist, stellt diese Forderung und der Kampf um sie nicht dar, sondern bleibt dem Gefängnis immer nur verhaftet und partikular. Eine Perspektive, in der die

Gefangenen vielleicht doch irgendeinmal herauskommen, in der ein dafür notwendiges öffentliches Bewußtsein über die Gefangenen wirkungsvoller als bisher und weniger eng begrenzt geschaffen werden, und in der auch die Linke als Voraussetzung ihrer Neukonstitution einige Ansatzpunkte ihres Aufbruchs '68 wiederfinden könnte, kann heute eröffnet werden durch den Beginn einer Amnestie-Kampagne.

„Die Mythen knacken“

Christof Wackernagel

Hört man die ersten aufgeregten Reaktionen, die nun allenthalben gegen das Reizwort Amnestie losbrechen, so fühlt man sich eher an Pawlowsche Reflexe erinnert als an politische Reflexion. Und man wird den spontan sich aufdrängenden Verdacht nicht mehr los, daß es für einige Leute keinen erschreckenderen Gedanken gibt als den, die Gefangenen könnten tatsächlich freigelassen werden. Diese Erregung ist freilich völlig unnötig. Wer seine kostbare Konstitution noch für künftige Kämpfe schonen möchte, der sollte vielleicht einmal kurz tief durchatmen oder eine Zigarette drehen, um sich sodann, wenn der fliegende Puls wieder zur Ruhe gekommen ist, folgendes zu Gemüte zu führen:

Überall auf der Welt, wo es Guerillabewegungen gibt, von Kolumbien bis Thailand, ist Amnestie in dem wechselvollen Auf und Ab des Kräfteverhältnisses ein Mittel des politischen Kampfes, das vom Staat in die Auseinandersetzung geworfen wird, weil er sich etwas davon verspricht und das von Gefangenen wie Guerilla angenommen wird, wenn die Situation es erfordert. Warum eigentlich nicht in der BRD? In jeder anderen Hinsicht sind die Befreiungsbewegungen unsere politische Orientierung: Warum ausgerechnet in dieser Frage nicht?! In dem gerade von vielen Linken so bedenken- und geschichtslos als superimperialistisch verschrieenen Israel werden gegen sechs gefangene Israelis gleich 4.000 von der PLO ausgetauscht - hier kein einziger gegen einen Arbeitgeber-Präsidenten und 90 Zivilisten. In Irland, wo, im Gegensatz zu hier, ein heftiger, blutiger Kampf tobt, fordern die IRA-Gefangenen auch für sich die Möglichkeit vorzeitiger Haftentlassung. Selbstverständlich ohne abzuschwören. Hier nennt sich der bloße Gedanke an so etwas schon Verrat, Spaltung, Aufgabe. Und darin ist die Antwort auf obige Frage zu finden - in Deutschland herrscht auf beiden Seiten die gleiche Moral: Endsieg. Bis zum letzten Mann. Es ist dies nicht nur eine fatale Tradition - es ist zudem eine unvermutete Konversion zum Geist des Alten. Längemark, nicht Commune. Die Bundesanwaltschaft, die einst noch wirkliche Strategien gegen eine wirkliche RAF ausgetüfelt hat, ist heute mindestens genauso Laokoonhaft in ihre Hirngespinnste verheddert wie die meisten Antimpis. Nur dient sie dabei immer noch den Zwecken des Imperialismus - wir jedoch nicht mehr dem Kampf

gegen ihn. Trotzdem gibt es immer noch Leute, die Amnestie mit Kapitulation gleichsetzen. Es kann aber nur kapituliert werden, wo ein Kampf stattfindet. Dies ist hier schon lange nicht mehr der Fall. Die verschiedenen Strohfeuer der letzten Jahre widerlegen dies nicht, sondern bestätigen es, denn sie zeigten nur, daß es so auch nicht geht. Die Hoffnung, der Knastkampf könne nun die fehlenden Kämpfe ersetzen - erst recht seine idiotische Verwechslung mit dem bewaffneten Kampf selbst - besiegelt dieses Fakt, denn dies stellt die Verhältnisse endgültig auf den Kopf. Wolfgang Pohrts wahrhaft Pohrtscher Satz: „Die Niederlage der RAF und der gesamten militanten Linken ist ein unbezweifelbares Faktum“, bei dem die Gehirne selbst der vernünftigsten Leute in irrationale Zuckungen geraten, ist leider in der Tat der Kern der Amnestieforderung. Wer sich nicht in der Lage sieht, dies einzusehen, der sollte erst einmal versuchen, dieses Satz zu widerlegen und nicht in kindisches „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ verfallen. Es soll Fidschinsulaner gegeben haben, die vor ihrer Küste ankernde englische Segelschiffe nicht zu sehen vermochten, weil sie sich schlicht nicht vorstellen konnten, daß es so etwas gibt. Sie waren zu groß für ihr Bewußtseinsnichtsdestotrotz vorhanden. Dabei war das immer das Risiko, und es ist nicht die erste Niederlage eines notwendigen und gerechten Kampfes. Die Commune hatte auch Recht und verlor.

Das weist auf das zweite Mißverständnis: Mit der Niederlage in einer bestimmten Phase des Klassenkampfes sei der Kampf überhaupt zu Ende. Der Grund für ihn, die Widersprüche, besteht aber weiter. Wer es wirklich ernst meint mit dem Kampf gegen den Imperialismus, dem muß es jetzt darum gehen, die Bedingungen für diesen Kampf zu schaffen und nicht durch falsche Verwirklichungen in falscher Gesellschaft weiter zu zerstören. Solange die vergangene Phase jedoch nicht als abgeschlossen begriffen wird, wird es keine neue geben, sondern immer nur weitere Niederlagen. Es kann durchaus noch viel weiter bergab gehen mit der Linken, der Guerilla, den Gefangenen. „Umwälzungen finden in Sackgassen statt“ - was aber passiert, wenn jemand die Sackgasse gar nicht zu sehen bereit ist oder vermag und weiterrast? Hoffentlich haben sich inzwischen auch

die letzten Verkrampfungen gelöst, und die geneigten Leser sitzen bequem genug, um noch eine weitere Überlegung entsprechend disponiert zur Kenntnis zu nehmen: In dieser politischen Situation ist die Existenz der Gefangenen in den Knästen politisch sinnlos geworden, weil durch keinen Kampf draußen und damit keine Notwendigkeit für den Staat mehr begründet. Und es glaubt doch wohl im Ernst niemand, es werde demnächst oder in absehbarer Zeit eine Befreiungsaktion geben und auch noch Erfolg haben.

Diese Fragen richten sich natürlich auch an die anderen Gefangenen. Wer behauptet, es könne und müsse hier und heute mit den alten Konzepten weitergemacht werden, hat dies zu begründen. Daß die Guerilla militärisch gescheitert ist, ist nicht das Problem; wie einfach dies zu ändern wäre, wissen wir. Das Problem ist, daß es derzeit keine politische Grundlage mehr für sie gibt, weil die alten Strategien inadäquat und irrelevant geworden sind. Was herauskommt, wenn man sich eine Begründung für die Guerilla sucht, weil man halt „immer kämpfen muß“, und nicht auf Grund seiner politischen Analyse darauf kommt, daß der bewaffnete Kampf das richtige Mittel sei, konnte man im Mai '82 lesen. Derartige ptolemäische Rück-Wenden in die Metropole sind Wendemusik wie alle andere Wendelei auch: Regression. Vom Internationalismus zum Nationalismus. Man braucht dies nicht zu begründen. Es ist für jeden evident, der lesen, denken und objektive Tendenzen von gutem Willen unterscheiden kann.

Wir begrüßen die Amnestiekampagne vor allem, weil durch sie politische Determinanten gesetzt werden, an denen entlang ein Weg aus der fatalen Entpolitisierung der letzten Jahre gefunden werden kann. Mit der Erinnerung an die Anfänge der RAF in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg werden Kriterien gesetzt, an denen sich messen lassen muß, was heute Politik sein will.

Die 150%igen draußen, die sich so hysterisch wie langweilig gegen die Amnestie in Pose bringen, müssen sich fragen lassen, ob sie die Gefangenen als Lebensinhalt und Existenzberechtigung brauchen. Es sollte ihnen dann aber auch wirklich um die Gefangenen gehen. Und es gäbe auch nach der Amnestie der Politischen noch mehr als genug. Die Leute jedoch, die die Gefangenen als die großen Kämpfer in den Himmel heben, sind keinen Deut besser als die, die sie als die letzten Spinner verurteilen: Es sind dies nur verschiedene Formen der Distanzierung.

Die Zerstörung *auch* des Mythos von Gefangenen als den besseren Menschen ist ein Zweck ihrer Amnestierung. Für viele mag dann eine falsche Hoffnung und Perspektive zusammenbrechen - daß Widerstand nur möglich ist, weil es ihn im Knast gibt. Daher die Aufregung: Sie sind dann auf sich selbst gestellt.

taz Freitag, 24.2.84

Offener Brief

an die Gefangenen aus der RAF - Gert Schneider und Christoph Wackemagel

Liebe Genossen,
Eure beiden Briefe in dertaz vom 31.1.84 zur Amnestieforderung Pohrts haben bei uns Bestürzung ausgelöst. Doch in der darauffolgenden Diskussion wich diese Bestürzung, weil wir feststellen mußten, daß auch wir schwere Fehler begangen haben.

Obwohl wir wußten, wie die Klassenjustiz sich bemüht, alle Informations- und Diskussionsflüsse zum Versiegen zu bringen, haben wir zu wenig getan, dieses zu verhindern. Unsere individuellen und zersplitterten Versuche haben nicht ausgereicht, die lebenswichtige und lebendige Kommunikation zwischen drinnen und uns draußen aufrecht zu erhalten oder gar zu intensivieren.

Oft genug habt Ihr erklärt, worauf die Isolationshaft zielt. Immer wieder das Kalkül benannt, welches durch die Manipulation von Informationen erzielt werden soll: mit der gezielten Auswahl von Fakten und Meinungen soll eine gewünschte politische Landschaft produziert werden, und mit der ständig verschärften Klassenjustiz, z.B. durch eine schleichende Kontaktsperre und der Konstruktion eines „illegalen Info-systems“ wird an dieser politischen Manipulation weitergearbeitet. Das Ziel: Desorientierung und letztlich Aufgabe des Kampfes! Wir haben z.T. lange Zeit an dieser Auswahl teilgenommen - nur unter einem anderen Vorzeichen. Gerade jene von uns, die mit Euch in einer Auseinandersetzung standen, haben oft auch nur das geschickt, was sie selber „richtig fanden“ oder wosie selber „dran waren“. So fiel vieles, was sonst noch überlegt und gemacht worden ist, die diversen Ansätze, einfach weg. Nur so konnte ein falsches Bild von dements-ten, was real ist und was nicht.

Ihr wißt aus Eurer eigenen Geschichte und Praxis, daß die direkte Aktion eine lange Anlaufzeit braucht. Bis zur Verwirklichung vergehen oft Wochen und manchmal Monate Vorbereitungszeit, und diese Zeit beinhaltet Überlegungen und intensive Diskussion untereinander und mit anderen Gruppen. D.H.: die praktische Umsetzung, welche oft nur Minuten, Stunden und manchmal Tage dauert, verkörpert die politische Entwicklung einer Gruppe oder gar einer ganzen Bewegung über einen langen Zeitraum. (...)

Genossen! Wir befinden uns hier draußen in einer Phase der Um- und Neuorientierung für einen neuen Abschnitt des revolutionären Kampfes. (...) Und wir nehmen uns diese Zeit, damit nicht der Zustand eintritt, den Du - Gert - so bezeichnet: „Irgendwann sind dann die Aktionen nur noch politisch gemeint, und sie verlieren objektiv ihre politische Bedeutung. Ist diese politische Bedeutung jedoch einmal von der Aktion abge-

zogen und bleibt nur noch die Militanz oder die militärische Aktion übrig, wird sie zum normalen Unglück, auf das sich jeder selber seinen Reim machen kann“. Unser Fehler war, daß wir den Prozeß, in dem wir uns befinden, nicht genügend vermittelt haben. Ursache davon ist sicherlich einerseits die euch sattsam bekannte Zensurpraxis von Seiten des BKA und Bundesanwaltschaft und Knastleitung. Andererseits aber auch, daß wir diese Vermittlung nicht leisten konnten und manchmal auch nicht wollten.

Nicht konnten heißt: Der Umorientierungsprozeß geht nur sehr langsam und mühsam voran. Die verschiedenen Gruppen haben unterschiedliche Ansätze und Vorstellungen; und so läuft das ganze nicht glatt, sondern widersprüchlich und oft in Abgrenzungen ab. Dazu kommt auch die Schwierigkeit zu entscheiden, was nun an diesen Fragmenten von Diskussionsprozessen wichtig ist, und daß Vermittlung oft an „Perfektionsgeist“ scheitert. Nicht wollen heißt, die ständige Frage, „was können wir in den Knast schicken?“ wo der Staatsschutz alles registriert und bewertet. Anders: Wo ist der Nutzen für Euch größer, als der Schaden für uns? Angesichts der Tatsache, daß der Staatsschutz mit diesen Infos gegen uns operiert. Ein altes Dilemma!

Genossen! Eure beiden Briefe betrachten wir als eine dringliche Aufforderung an uns, drei Fragen zu beantworten:

Wir können auf die Erfahrungen der letzten Jahre zurückgreifen, wo soziale Bewegungen entstanden sind, wie z.B. die Anti-AKW-Bewegung oder die Häuserkampf-Bewegung. Mit ihrem Aufschwung nahm sie auch in der Tendenz den Charakter von Massenbewegungen an. Wir wissen uns mit Euch einig, daß Teilbereichsbewegungen für sich allein keine durchschlagende systemsprengenden Kräfte entwickeln können - und so sehen wir den Zusammenbruch davon nicht als Niederlage an. Und es gibt mehr Menschen, die ihre Erfahrungen und Kräfte für die revolutionäre Sache einsetzen wollen. Die Situation ist nicht bestimmt durch eine Friedhofsruhe, sondern durch ein intensives Analysieren und Aufarbeiten gemachter Erfahrungen. (...). Nicht wenige autonome Genoss/inn/en haben z.B. einen Schlußstrich unter ihre Praxis des Spontaneismus gezogen! Allerdings auch ohne zu übersehen, daß Spontantät und Flexibilität notwendig sein können, wenn sie in eine Strategie eingebunden sind. Unsere Militanz bleibt nach wie vor ein notwendiges Mittel in der revolutionären Praxis.

(...)
Wichtige Fragen stehen an, deren Beantwortungen notwendig sind: Wie schaffen wir es, eine einheitliche revolutionäre Bewegung zu entwickeln? Wie können wir uns organisieren? Mit welchen Inhalten und welche Methoden,

und wie sieht die Form aus? Fragen, bei denen es darum geht, alle Erfahrungen aller Kämpfe der letzten 10 - 15 Jahre zu berücksichtigen. D.h. die verschiedenen Ebenen von Parlamentarismus/Außenparlamentarismus und bewaffnetem Kampf in eine intergrale, gemeinsame Strategie zusammenfassen und weiter zu entwickeln!

Welche Methode wir als Taktik dabei anwenden, entscheidet dann die allgemeine sowie konkrete Analyse der Kampfbedingungen. Es geht jetzt darum, die Abgrenzungen und Verabsolutierung der einzelnen Kampfmethoden abzubauen. Unsere Hauptaufgabe darin zu sehen, unsere Inhalte, Vorstellungen und positiven Ziele herauszuarbeiten und zu formulieren.

Wir müssen unser Verhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen neu überdenken (eben weil durch die veränderten Bedingungen auch die verkrusteten Strukturen aufbrechen) und Möglichkeiten von Massenarbeit entwickeln - bei gleichzeitiger Weiterentwicklung revolutionärer Eingreifmöglichkeiten!

(...)

Warum sollte diese Regierung in dieser Zeit unter diesen Bedingungen (Schwäche der revolutionären Bewegung) ausgerechnet in den Knästen bei den politischen Gefangenen, die ja immerhin zu den erbittertesten Gegnern des imperialistischen Systems gehören, eine Ausnahme machen? In einer Situation, wo die Kriminalisierung der gesamten Linken voranschreitet, wo die Knaststrafen von Leuten aus der „legalen“ Bewegung immer größer werden, ihre Haftbedingungen sich immer mehr den Euren angleichen - da soll der Staat ausgerechnet bei Menschen, die bewaffnet gekämpft haben, eine Ausnahme machen? Alle, aber auch alle Fakten sprechen gegen diese Annahme, daß Amnestie realistisch ist!

Seht Euch an, was die [XDSE] mit Bernd Rössner machen, sehr Euch an, was sie mit Euch machen - sind da etwa Anzeichen zu sehen von Überlegungen, Euch frei zu lassen? Wer soll nach Eurer Meinung die Amnestie-Kampagne tragen? Amnestie wurde vonseiten der revolutionären Kräfte immer aus einer Position der Sträke erzwungen. Und wurde sie in einer Phase der Schwäche gewährt, dann nur unter der Bedingung der Kapitulation. An dieser Stelle schließen wir uns der Meinung von Gerd Albartus (taz, 6.2.) weitgehend an. Die Kampagne Pohrts dient im schlimmsten Fall einer weiteren Isolierung, und nicht deren Aufhebung. (...) Die Amnestie-Kampagne führt zum gegenwärtigen Zeitpunkt und wie ihr drangeht, zur Spaltung. Somit ist diese Pohrtsche Kampagne politisch falsch!

1) Wie sehen wir in der jetzigen Phase die gesellschaftliche Situation im imperialistischen Staat und die Rolle der revolutionären Linken darin;

2) welche grundsätzliche Bestimmung geben wir unserer Politik, und worin se-

nen wir unsere nächsten Aufgaben;
3) unser Verhältnis zu Euch Gefangenen unter den jetzigen Bedingungen im Knast, und was wir zusammen tun können.

In allen gesellschaftlichen Bereichen finden z.Zt. enorme Verschärfungen statt. (...)

Und so ist die NATO-Hochrüstung als eine Gegenseite des sozialen Abbaus für viele Menschen in der Bevölkerung erfahrbar. (...)

Auch unabhängig von Zustand der revolutionären Linken finden Klassenkämpfe statt. Es gibt Ansätze eines Zusammenkommens von fortschrittlichen Bewegungen. Gerade nach der Stationierung der US-Raketen hat die Friedensbewegung ein größeres Anliegen, mit dem organisierten Teil der Arbeiterbewegung, also den Gewerkschaften, zusammenzukommen.

So wie es im Apparat der Gewerkschaften fortschrittliche Kräfte gibt, die diese Notwendigkeit des Zusammenkommens sehen. Die Friedensbewegung hat mit ihrer Hauptparole „Keine neuen US-Raketen“ objektiv eine tiefe Verankerung in der Bevölkerung. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die Bevölkerung jene Parteien gewählt haben, die für die Stationierung sind. In den Gewerkschaften selbst wird auch nicht nur über die Arbeitslosigkeit geredet, sondern auch über die Frage des politischen Streiks. Nach den Besetzungen der Werften ist das Mittel Besetzung als Überlegung aus den Einzelgewerkschaften nicht mehr wegzudenken. (...)

Sicher, trotz der Entwicklung der verschiedenen Kämpfe ist ein Sieg, eine revolutionäre Situation, noch nicht in Aussicht. Die Arbeiterbewegung und alle sozialen Bewegungen werden solange den Schwankungen der gesellschaftlichen Verhältnisse unterworfen sein, solange es keine umfassende revolutionäre Strategie gibt.

Die Linke hat keine ihrem Anspruch entsprechende Praxis und die bewaffneten Gruppen nicht die Möglichkeit, in der Weise einzugreifen, wie es notwendig wäre. (...)

Hierin ist eben auch ein Grund der Umorientierung zu sehen, die Phase der Neubestimmung unserer Politik! Überall setzt sich die Erkenntnis durch, daß keine Strömung für sich allein in den letzten zehn Jahren den einzig richtigen Weg wußte. Das Bedürfnis, voneinander zu lernen und die Abgrenzungen zu durchbrechen, nimmt zu; ebenso wie die Erkenntnis, daß der Marxismus nicht Dogma, sondern sehr wohl eine lebendige Wissenschaft ist, mit der wir sinnvoll arbeiten und wirken können.

Genossen, was Eure Haftbedingungen konkret betrifft; (...), so denken wir: In der gegenwärtigen Phase wird es keine sofortige Verbesserung geben. So wie es überall aufgrund des jetzigen Kräfteverhältnisses keine **sofortige** Veränderung geben wird. Ja, es geht um den Kampf gegen die Isolation. Dabei müssen wir aber die veränderten Bedingungen berücksichtigen. Es gab eine Phase, wo ein Teil der revolutionären Kräfte

den Kampf der Gefangenen als das zentrale Moment ihrer Praxis ansah. Ganz einfach deshalb, weil Ihr uns wichtig wart und seit (und Ihr sie jetzt dafür anpißt). (...)

Und so wollen wir, daß der Kampf der Gefangenen als integraler Bestandteil der revolutionären Arbeit einbezogen wird.

Von der Auswirkung her können wir es auch so sagen: war es früher so, daß eine kleine Anzahl von Revolutionären isoliert Euch im Kampf unterstützt haben, so geht es jetzt darum, eine erweiterte Basis unter Einbeziehung aller revolutionären und fortschrittlichen Menschen und Gruppen zu schaffen. Wir wollen also die Kampfbedingungen verändern! Voraussetzung dafür ist die Einheit der Gefangenen untereinander (...). Wir meinen, daß durch die Grußaktion eine Möglichkeit besteht, Eure Isolation im allgemeinen zu durchbrechen. Wir denken, daß wir durch diese Aktion mehreres erreichen können: 1) die verschärften Maßnahmen der Beschneidung von Information und Auseinandersetzung mit draußen, ganz konkret durch eine breite Informationsflut zu unterlaufen.

2) Hat die Aktion zum Ziel, das Bewußtsein um Euch, Eure Haftsituation, aber auch um Euren Kampf in mehr Köpfe zu tragen.

Beide Punkte zusammen sind an sich schon ein wichtiger Schritt nach vorn. Zum anderen aber auch Voraussetzung, Grundlage für eine weitere Diskussion und Bestimmung um „Zusammenlegung der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand“.

Viele Menschen werden Erfahrungen machen, die für sie neu sind - und das ist wichtig. Erfahrungen mit diesem System: Knast, Isolation und Erfahrungen mit Genoss/inn/en, die unter diesen Bedingungen leben und kämpfen.

Und es sind Menschen, die selber in anderen gesellschaftlichen Bereichen leben und arbeiten, was wiederum wertvolle Rückwirkungen auf die Bewegung haben kann und bekommen wird. Und nur so kann das Kräfteverhältnis mittelfristig verändert werden - für die Durchsetzung der Zusammenlegung von den Gefangenen aus der Guerilla und Widerstand (was auch heißt: alle Gefangenen, die im Knast angefangen haben, den Widerstand aufzunehmen). Dazu gehört weiterhin, brennende Fragen anzugehen, die uns drinnen und draußen beschäftigten - eben wie es jeweils konkret weitergehen kann. Darin seid Ihr auch gefordert, Euch zu äußern. Z.B. Eure Randbemerkung zum Mai-Papier zu konkretisieren und überhaupt Inhalte und positive Ziele revolutionärer Bewegung weiterzuentwickeln und voranzutreiben. Äußerst Euch, Genossen!
Einige autonome Genoss/inn/en aus West-Berlin

Dev-Sol-Prozeß wurde beendet Sieben Hinrichtungen

taz 21.2.84

Istanbul (taz). In einem Dev-Sol-Prozeß gegen 61 Angeklagte, der vor dem 12. September 1980 begann, wurden in einer letzten Verhandlung 7 Gefangene zum Tode verurteilt. Eine Frau, die ebenfalls zum Tode verurteilt werden sollte, die aber nicht festgenommen worden war, war bei Gericht erwartet worden, aber nicht gekommen. Es wurde der Gerichtsbeschluss gefaßt, sie nunmehr verhaften zu lassen. Der Prozeß fand seit 4 Jahren vor dem Ersten Militärgericht in Istanbul statt, das dem Kriegsrechtkommandanten von Istanbul unterstellt ist. Bei dem laufenden Prozeß wurden - außer den sieben Todesstrafen - sieben Angeklagte zu 10 Jahren, zwei Angeklagte zu 20 Jahren und 32 Angeklagte zu zwischen 3 und 5 Jahren verurteilt.

11 Angeklagte wurden mangels Beweis freigesprochen. Die Todesurteile wurden ausgesprochen wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Dev-Sol, wegen Betätigung für diese Organisation, wegen des Versuchs, mit etlichen Aktionen, Mord, Körperverletzung und dem Aufhängen von Bombenattrappen die Verfassung zu ändern.

Zum laufenden Prozeß waren nur 10 Angeklagte erschienen, aus Protest gegen die Einheitskleidung nur in Unterhose. Daraufhin beschloß der Militärriechter, Oberst Hanefi Ocul, die Gefangenen wegen Verstoßes gegen das Militärgesetz Nr. 353 aus dem Gerichtssaal entfernen zu lassen. Die Akten von Necdet Pismis und Abdullah Bulent Muer wurden ebenfalls abgeschlossen. Pismis war während einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet worden und Muer ist flüchtig.

(Übersetzung aus „Milliyet“ vom Wochenende)

Die „Milliyet“ brachte vor drei Tagen ebenfalls die Meldung darüber, daß am 4. Februar in Tunceli/Kurdistan, während einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Soldaten der türkischen Armee und Dev-Sol-Revolutionären ein Dev-Sol-Mitglied, wie es heißt, „tot festgenommen“ und weitere drei verletzt festgenommen wurden. Sie waren mit Maschinengewehren, Schlaf- und Rucksäcken, Fernrohren usw. ausgerüstet.

taz Freitag, 9.3. 84

Amnestie-Kampagne

„Diese Amnestie-Kampagne wird zu nichts führen. Sie ist illusorisch, sie geht genauso wenig von großen Teilen der Bewegung aus einer Position der Stärke aus wie die Amnestie-Kampagne 1978. Sie analysiert nicht das Kräfteverhältnis, sondern bleibt in den Briefen von Euch, Christof und Gert, subjektivistisch wie eh und je...“ (Gerd Albartus, taz vom 6.2.) Wie wahr! Dabei gehöre ich wahrhaftig nicht zu denen, für die das Wort Amnestie schon ein Reizwort ist und für die „der bloße Gedanke an so etwas schon Verrat, Spaltung, Aufgabe“ (Christof) ist.

Der Versuch, den Gegnern der Kampagne damit den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß so gedankenlose Gleichsetzungen der Situation in der BRD mit der der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt bezüglich des Themas Amnestie hergestellt werden wie von Dir, Christof, muß einfach in die Hose gehen. Es ist nicht einfach Zufall, daß es dort zumeist die Staatsmacht ist, die den Guerilla-Bewegungen Amnestie-Angebote macht und weniger die Guerilla-Bewegungen, die Amnestie-Forderungen stellen. Die jeweiligen Kräfteverhältnisse, die darin zum Ausdruck kommen, zeigen mehr als alles andere, wie unzulässig Gleichsetzungen von „hier“ und „dort“ sind. Als Unterschiedlichkeit läßt sich exakt die jeweilige Stärke der Bewegung (und umgekehrt die jeweilige Schwäche der Staatsmacht) bezeichnen, die eine Ebene erreicht hat, auf der u.a. eine Amnestie ihrer Gefangenen Bestandteil der Durchsetzung ihrer politischen Forderungen ist. (So steht dort eine Amnestie meistens auch nicht isoliert da, sondern ist ein Bestandteil eines ganzen Pakets von politischen Forderungen /Verhandlungsangeboten.) Eine Amnestie in diesem Rahmen basiert gerade nicht auf einer militärischen Niederlage, sondern auf einer politisch-militärischen Stärke, die es der Staatsmacht opportun erscheinen läßt, Schritte zu Verhandlungen einzuleiten und damit Schritte zu politischen Kompromissen. Eine Amnestie in diesem Rahmen ist somit auch immer eine nachträgliche Anerkennung der Berechtigung der politischen Forderungen der oppositionellen Kräfte.

Für den Pohrt und für Euch, Christof und Gert, ist der Kern der Amnestie-forderung, daß „die Niederlage der RAF und der gesamten militanten Linken ein unbezweifelbares Faktum ist“. Bei dieser Eurer Ausgangslage wißt Ihr denn, wie absurd es ist, Gleichsetzungen von Sachverhalten zu machen, die doch in Wahrheit nicht gleich, sondern konträr liegen. Die Befreiungsbewegungen als Beispiele heranzuziehen, ist dann einfach nur oberflächlich, unzutreffend und irreführend. Im Detail gibst Du, Christof, dann gar noch ein Beispiel, wie es

falscher nicht sein kann: dein Vergleich zwischen dem israelisch-palästinensischen Gefangenaustausch und dem nicht stattgefundenen zwischen der BRD-Regierung und der RAF.

Abgesehen davon, daß ich nicht weiß, was Dich veranlaßt, Israel gegenüber angeblich so „bedenken- und geschichtslos“ Linken in Schutz zu nehmen, solltest Du schon etwas genauer sein. Es wurden dort sechs israelische Soldaten gegen ca. 4.000 Menschen ausgetauscht, von denen 3.900 überwiegend palästinensische und libanesische Zivilisten waren, die während der Kriegshandlungen gefangen genommen wurden und ca. 100 der Fatah angehörten (und nicht einfach „sechs gefangene Israelis gegen 4.000 von der PLO“). Das Ganze fand statt im Rahmen eines von IKRK überwachten Austauschs von Kriegsgefangenen nach bzw. in einem offenen konventionellen Krieg. Wie die israelische Reaktion jedoch in Fällen aussieht, die einer Schleyerentführung und der Entführung der Lufthansa-Maschine - welche Du als Vergleiche zum israelisch-palästinensischen Kriegsgefangenaustausch bringst - tatsächlich vergleichbar sind, läßt sich u.a. an Entebbe, Maalot, Kirjat Schmoneh sehen... Es gibt keinen einzigen Fall, wo die israelische Regierung bei derartigen Aktionen Gefangene freigegeben hätte, selbst um den Preis eines Massakers nicht. Eine derartige Gleichsetzung von Situationen und Sachverhalten, in der letztlich ungebrochenes militaristisches Denken und eine ungeheure Selbstüberschätzung zum Ausdruck kommen, das leichtfertige Ziehen von Parallelen wie diesen - daß nämlich dort wie hier Krieg herrsche - hat u.a. gerade zu den „alten Konzepten“ geführt, die Du heute - zu Recht - kritiserst.

Man kann nicht gerade behaupten, daß die heutige Situation Anlaß zu Euphorie gibt. Und ich finde vieles von dem, was Ihr, Christof und Gert, schreibt, die Kritik, die Ihr übt, richtig. Warum Ihr aber aus dieser Kritik an alten Konzepten und Strategien und einer Amnestie-Kampagne einen Schuh macht, bleibt mir völlig rätselhaft. Eine Amnestieforderung kann unter den heute herrschenden Bedingungen in der BRD nur auf eine auch politische Bankrotterklärung hinauslaufen. Bedeutet das Erkennen von Fehlern, daß dies einer absoluten Kapitulation gleichzukommen hat? Und daß es jetzt gar noch um „Versöhnung“ (Pohrt) gehen müsse? Und selbst wenn ein spezifisches Konzept der Stadtguerilla in der BRD gescheitert ist - geht es jetzt um Unterwerfung? Das kann doch wohl nicht gemeint sein. Es sei denn, es werden wirklich nicht nur „militärische“, sondern auch radikal-politische Ansprüche preisgegeben. Und dies unter einer Regierung, die Euch was husten wird mit Amnestie, die, wie Gert Albartus richtig analysierte, „Oppositionen nicht durch Integration und Versöhnung ausschalten will, sondern durch Isolierung, Vernichtung und Kriminalisierung“. Eine Regierung, bei der alles

dafür spricht, daß sie nicht mal „Gnade“ erweisen wird, wenn sie die Bedingungen diktieren kann (welche sich im übrigen jeder leicht ausmalen kann).

Aus diesen Gründen ist eine Amnestie-Kampagne so politisch falsch wie aussichtslos. Zwischen beidem besteht ein innerer Zusammenhang: Hätte sie Aussicht auf Erfolg, hätte sie zur Voraussetzung, daß sie von einer Position der Stärke ausgeht. Politisch falsch und verhängnisvoll ist es, Strategien zu entwickeln - und sei es nur in der Form einer Amnestie-Kampagne -, die mit der Realität der politischen Bedingungen hier nicht zu tun haben.

Es ist zu guter Letzt absolut nicht einzusehen, weshalb die Diskussion um neue „politische Determinanten“, die Ihr zu Recht anstrebt, von Euch nur im Rahmen dieser Totgeburt einer Amnestie-Kampagne gesehen werden kann. Denn eine solche Kampagne wird voraussehbar das Gegenteil bewirken und Polarisierungen und Spaltungen innerhalb der Linken und der Gefangenen noch verstärken - und so kann sie letztlich nur die falschen Determinanten setzen.

Viele Grüße!

Gabi Tiedemann
Frauenknastr Hindelbank/Schweiz

taz Freitag, 9.3. 84

Militärgefängnis Diyarbakir Hungerstreik beendet

Berlin (taz). Wie in Kreisen kurdischer Emigranten in der BRD gestern bestätigt wurde, ist der Hungerstreik in dem türkischen Militärgefängnis in Diyarbakir am Wochenende definitiv beendet worden. Vorausgegangen war ein überraschender Besuch des türkischen Generalstabschefs Ürug in Diyarbakir, der den Gefangenen ausreichende ärztliche Versorgung und die Erfüllung ihrer wichtigsten anderen Forderungen zusicherte. Die Angaben über die durch den Hungerstreik gestorbenen Gefangenen gehen nach wie vor auseinander. Während die französische Nachrichtenagentur afp zuletzt von elf Toten sprach, berichten hier lebende Kurden nur von zwei Todesfällen. Unterdessen geht der Hungerstreik im Militärgefängnis in Ankara, Mamak, weiter. Angeklagte in zwei Prozessen, die vorgestern stattfanden, berichteten zwar, die Folterungen hätten aufgehört; trotzdem wollen sie den Hungerstreik nicht eher beenden, bis sie sichere Zusagen haben, daß die Mißhandlungen generell aufhören.

Donnerstag, 10.5.84 taz

Bücherverbot für politische Gefangene**Buchläden gegen Knastzensur**

Berlin (taz). Im folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung, deren 25 Unterzeichner - vom Karin Kramer-Verlag über Lateinamerika-Nachrichten bis zum Verlag Klaus Wagenbach - damit öffentlich gegen das Bücherverbot für politische Gefangene protestieren.

Am 11.11.1983 erließ die Knastleitung in Bruchsal eine Verfügung gegen die Gefangenen aus der RAF, Günter Sonnenberg und Roland Mayer, die ihnen den Bezug politischer Bücher und Broschüren verbietet. Kurze Zeit später erging die gleiche Verfügung gegen Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF in Straubing.

Bücher sind ein wesentlicher Teil der politischen Information, eine unabdingbare Voraussetzung für jeden Gefangenen, seine politische Identität auch im Knast zu bewahren.

Deshalb haben zahlreiche Buchläden und Verlage als Reaktion auf diesen weiteren Schritt des Staatsschutzes, die Kontaktsperre gegen die politischen Gefangenen endgültig durchzusetzen, Protestschreiben an das Justizministerium Baden-Württemberg und die Knastleitung in Bruchsal geschickt. In ihnen wird gegen die Isolationsfolter protestiert und die sofortige Rücknahme des Bücherverbotes gefordert. Die Gefangenen erhielten daraufhin ein Schreiben der Knastleitung, in dem es unter anderem heißt:

„Die Notwendigkeit, den Weg der Beschaffung des vorgenannten Lesematerials zu ändern, ergibt sich auch aus der zwischenzeitlich bekanntgewordenen Reaktion von Buchläden. Aus den diesbezüglichen, bislang sieben Protestschreiben (mittlerweile sind es 30), die inhaltlich, zum Teil auch wörtlich, übereinstimmen, geht hervor, daß die Verfügung durch Regierungsrat Rehling vom 11.11.1983 als Maßnahme betrachtet wird, gegen die hier einsitzenden Strafgefangenen Günter Sonnenberg und Roland Mayer sowie gegen diejenigen außerhalb der Anstalt lebenden Personen, die mit den vorgenannten Gefangenen für deren Interessen kämpfen. Diese Buchhandlungen sind offensichtlich bereit, die beiden Gefangenen in ihrem Widerstand mit den Mitteln des Buchhandels zu unterstützen.“

Dazu aus einem Brief von Roland Mayer: „Dieser Ausschnitt aus einem Brief vom Bruchsaler Knast ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Es ist die altbekannte Methode der Imperialisten auf allen Ebenen: Sie lassen sich eine neue Repressionsmethode einfallen, und wenn sich dann Widerstand dagegen regt, Leute protestieren, versuchen sie, diesen Protest und

Widerstand zur Legitimation ihrer Maßnahmen heranzuziehen. (...)

Klar auch, daß sie versuchen, auch noch den Protest gegen ihre Maßnahmen zu kriminalisieren - 'unterstützen den Widerstand' - jedenfalls ist es klar eine Androhung.“

Diese Drohung gegen die Buchläden ist ein Teil der Kriminalisierung all derer, die die Gefangenen in ihrem Kampf gegen die Isolation und für ihre Zusammenlegung unterstützen.

Das Bücherverbot und die Reaktion der Knastleitung reihen sich ein in das verschärfte Vorgehen des Staatsschutzes gegen die Gefangenen und die Genossen draußen, sei es durch das Konstrukt „illegales Infosystem“, Besuchs- und Schreibverbote, die Behinderung der politischen Prozeßführung in Stammheim, Düsseldorf, Krefeld usw., oder jüngst die Kriminalisierung der Aktion „Grüße an politische Gefangene“ mit der Durchsuchung von Buchläden und der Razzia in den Räumen der Münchner Stadtzeitung „das Blatt“.

Das Ziel des Staatsschutzprogramms ist die totale Isolierung der Gefangenen, die Verhinderung jeder Auseinandersetzung untereinander und mit Genossen draußen. Für Kollektivität und Selbstbestimmung kämpfen die Gefangenen um ihre Zusammenlegung.

WIR, DIE UNTERZEICHNENDEN, FORDERN NACH WIE VOR DIE SOFORTIGE RÜCKNAHME DES BÜCHERVERBOTS !!!!!!!

Folgende Buchhandlungen und Verlage unterstützen diese Presseerklärung:

Provinzbuch, 7 300 Esslingen;
 Buchladen 'Basis', 8 000 München;
 Buchladen 'Irrlicht', 8 200 Rosenheim;
 Buchladen 'ZAPATA', 2 300 Kiel;
 Nautilus/Nemo Press, 2 000 Hamburg;
 Buchladen 'BIBABUZE', 4 000 Düsseldorf;
 Buchladen Rote Straße, 3 400 Göttingen;
 Nautilus Buchhandlung, 2 000 Hamburg;
 Der andere Buchladen, 5 000 Köln;
 rpv rotpunktverlag, 8029 Zürich /CH;
 Buchhandlung Roter Stern, 3 550 Marburg;
 Der andere Buchladen, 7 500 Karlsruhe;
 Buchhandlung Jos Fritz, 7 800 Freiburg;
 Verlag Frauenoffensive, 8 000 München;
 Karin Kramer Verlag, 1 000 Berlin;
 Buchladen 'Die Gruppe', 7 400 Tübingen;
 Buchladen 'Zur schwarzen Geis', 7 750 Konstanz;
 Buchladen 'Schwarzes Schaf', 7 140 Ludwigsburg;
 AS-Verlag, 7 400 Tübingen;
 ILA (Informationsstelle Lateinamerika), 5 300 Bonn;
 Guhl Verlag, 1 000 Berlin;
 CON-Vertrieb, 2 800 Bremen;
 Lateinamerika Nachrichten, 1 000 Berlin;
 Verlag Klaus Wagenbach, 1 000 Berlin;
 SOVA (Soz. Verlagsauslieferung), 6 000 Frankfurt a.M.

taz Mittwoch, 9.5.84

**Krefeld-Prozesse
Anschlag auf
Polizeizeugen**

Mühlheim (taz) Ein „Revolutionärer Kern/Abt. Volksjustiz“ verübte in der Nacht vom 3. auf den 4. Maieinen Sprengstoffanschlag auf das Haus des Einsatzleiters der Essener Bereitschaftspolizei, Ludwig Kohm. Nach Angaben des Essener Polizeipräsidenten soll der Anschlag „geringen Sachschaden“ verursacht haben. Hauptkommissar Kohm leitete am Tage des Besuchs von US-Vize Bush in Krefeld den Einsatz der Essener Bereitschaftspolizei. In den seit Ende vergangenen Jahres laufenden Krefeld-Prozessen kam ihm die Funktion der Hauptbelastungszeugen zu. Aufgrund seiner „sachlichen Bekundungen“ (Richter Paul) wurden Holger Deilke zu 21 Monaten, Anne Holling zu 2 Jahren, Karin Gehrmann zu 16 Monaten und Dorro Peters zu 18 Monaten verurteilt.

Ein Platz an der Sonne
 TAZ 7-5-1984

Die radikale Linke hat eine Niederlage zu verdauen, die sie als Linke überhaupt in Frage stellt. Was immer das für die Zukunft heißen mag - es ist Grund genug, heute Amnestie für die aus dieser Niederlage resultierenden Gefangenen zu fordern.

Warum denn, wird entgegnet - wir seien doch gerade so schön dabei. Zwar sei alles ein wenig schlapp, aber man müsse halt überlegen, wie man wieder hochkomme. Das tut man freilich schon lange - seit Jahren - und doch wird alles nur noch schlapper.

I.

Beweisen kann man eine Niedertage nicht. Man kann auch die Existenz einer Mauer nicht beweisen, sondern nur auf die blutigen Köpfe derer hinweisen, die sie nicht sehen wollen.

Dehalb haben wir weder die Absicht, mit der RAF abzurechnen, noch uns von unserer Vergangenheit zu distanzieren, noch die alte leidige Debatte wieder von vorne anzufangen, ob die RAF falsch oder richtig gewesen sei; darüber, daß wir die RAF bis 1977 für eine notwendige und unumgängliche Erfahrung hatten, wird sich noch weniger ein Konsens herstellen lassen als über die Einschätzung der jetzigen Situation.

Worum es uns geht: Der Versuch, trotz allem zu vermitteln, daß aus dieser Erfahrung Konsequenzen gezogen werden müssen, also der Schlußpunkt gesetzt werden muß, obwohl kein neuer Anfang sich abzeichnet und weitere Opfer zu verhindern sind, die jetzt nicht mehr zu rechtefertigen sind. (...)

II.

Der Grundgedanke der radikalen Linken von 1967 bis 1977 war die Erkenntnis, daß allein aus der Wirklichkeit der versteinerten Metropolenverhältnisse weder ein positives Gegenbild einer befreiten Gesell-

schaft, noch die Möglichkeit der völligen Umwälzung abzuleiten ist, und deshalb in der Identifikation mit den kämpfenden Befreiungsbewegungen - Vietnam - als dem neuen Subjekt der Geschichte die einzige Möglichkeit lag, weltweit den Kampf aufzunehmen für den Verein freier Menschen als dem realen Versuch der Emanzipation aus Verhältnissen, die den Menschen „zu einem erniedrigten und geknechteten Wesen machen“.

Die Idee der RAF war dabei die bewaffnete Aktion, deren Inhalt sich selbst vermitteln sollte, weil sie im praktischen Zusammenhang mit dem internationalen Befreiungskampf stand, Teil von ihm war. In der Reaktion auf sie: „Die Erzeugung einer geschlossenen, mächtigen Konterrevolution“. Auf diese, zurückgeschlagen, die Revolution. Nicht in fünf oder zehn Jahren, aber in einem Prozeß, in dem immerhin eine Tendenz erkennbar sein sollte, in der das Ziel, wenn auch widerspruchsvoll, so doch fortschreitend, sich abzeichnen sollte:

„Es ist der Widerspruch, in dem sich gegen, also durch revolutionäre Initiative, durch bewaffnete Politik in den Metropolen der Schein - die bürgerliche Ideologie, der bürgerliche Staatsbegriff - selbst auf gibt...“

Das ist der Prozeß, in dem sich abbildet, wie der Begriff quantitativ kleiner Gruppen durch die Vermittlung der offenen Counterbewegung eine neue Qualität bekommen - in dem er massenhaft werden kann.“

(Prozeßklärung / Stammheim 1976)

Das war das Konzept - und jenseits der Frage, ob durchsetzbar oder nicht, war es immerhin ein Konzept; es stand in einem realen historischen Kontext und es war nach Kriterien und in Begriffen kritischer Theorie formuliert, die ausgewiesen und verbindlich waren.

Unabhängig von der Frage, ob richtig oder falsch, steht fest, daß die RAF bis 1977 niemals irgendein „Kampf an sich“ war, Selbstzweck. Trotz der Verengung auf die Frage der Gefangenen 1977 - wo es immerhin noch um die konkrete Befreiung einzelner ging, die die Möglichkeit der Befreiung aller sichtbar werden lassen sollte - war die RAF noch dieses hier skizzierte Mittel zur Erreichung dieses Ziels in dieser bestimmten politischen Situation.

Diese Situation änderte sich jedoch mit der Verwandlung der Befreiungsbewegungen in Regimes (oder ihrer Niederlage), wodurch die Identifikationsmöglichkeit in der Weise verlorenging, daß die Bedingung sich zersetzte, auf der der Kampf basierte, und so das Bild, die Vorstellung des Ziels, wie sie mit der Hoffnung auf die Befreiungsbewegungen verbunden war, sich gleichermaßen aufzulösen begann, nachdem nirgends Freiheit konstituiert werden konnte, sondern nur das erzwungene Arrangement mit dem Imperialismus übrig blieb. Einmal mehr hat sich erwiesen, daß der Krieg gegen den Imperialismus allein noch nicht die Emanzipation zum „neuen Menschen“, also die Befreiung allein noch nicht die Freiheit mit sich bringt.

Nachdem der radikalen Linken so das Ziel entglitten war, blieben ihr nur noch die Mittel.

Gemessen an den Bestimmungen, mit denen der Kampf aufgenommen wurde, ist dies eine Niederlage. Man kann dann aufs

Neue über Ziel und Mittel nachsinnen oder es lassen.

Hat man jedoch - wie die radikale Linke heute - diesen Bestimmungen abgeschworen, kann es natürlich auch nie eine Niederlage geben - allerdings auch nie einen Sieg. Wer beim Schachspiel schachmatt gesetzt ist und trotzdem meint, er könne noch siegen, spielt ein anderes Spiel, will etwas anderes. (Die BAW ihrerseits spielt freudig mit, dafür wird sie ja bezahlt. Aus ihrem Vorgehen und den Terrorurteilen der letzten Zeit eigene Relevanz abzuleiten - also Staat und Justiz noch Rationalität unterstellen - gerät so unversehens zu deren Verharmlosung.)

Die das Konzept der RAF entwickelt und in die Praxis umgesetzt hatten, waren sich der Implikation dieser historischen Bestimmung - nämlich, daß es auch anders kommen könnte, als man wollte - noch bewußt: von der Notwendigkeit einer Massenhaftigkeit ausgehend, betonten sie - siehe Zitat - deren Möglichkeit.

Es kam anders.

III.

Wenn 1972 die Headquarters der US-Army in der BRD von der RAF angegriffen wurden, dann war dies für jedermann, ganz gleich, ob er die Aktion selbst gut- oder verrückt fand, erkennbar eine Aktion gegen den Völkermord in Vietnam und die Beteiligung der BRD daran. Selbst jeder politisch Desinteressierte wußte, daß dies eine Aktion von Linken war. Mutmaßungen, wie breit die Zustimmung zu diesen Aktionen war, stehen hier nicht zur Debatte - es geht nur darum, festzuhalten, daß verstanden wurde, wofür sie standen und wogegen sie sich richteten.

Wenn heute US-Soldaten oder Kasernen angegriffen werden, ist die erste Frage, ob von Rechten oder Linken. Nicht wogegen von beiden Seiten ist dies gleichgültig, solange es nur gegen die „Besitzer“ geht. Was vor zehn Jahren noch objektiv im Kontext eines freilich auch damals schon wackelig werdenden Internationalismus stand, ist heute schlicht nicht mehr bestimmbar und man kann froh sein, wenn nicht im kollektiven Unterbewußtsein neuer Nationalismus damit gefördert wird, verdrängte Haßgefühle gegen die Sieger über den deutschen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit (wenn die RZ ein türkisches Konsulat angreift, läuft sie in Gefahr, dort Neonazis zu begegnen, die gerade „Türken raus“ an die Wand pinseln).

Auch Kommandoerklärungen können daran nichts mehr ändern - von ihnen abhängig zu sein, heißt nur, daß bereits die Voraussetzung für das mögliche Gelingen dieses Konzepts auf den Kopf gestellt ist: Man muß nicht mehr nichts dazusagen, weil sich die Aktion von selbst versteht, sondern seitenlange Erklärungen abgeben (die kein Mensch liest), damit sie nicht falsch verstanden wird.

Die Reaktion des Staates auf eine falsch verstandene Aktion kann aber schon von vorneherein kein richtiges Bewußtsein erzeugen.

IV.

Fatale Entpolitisierung liegt in der obstinaten Weigerung, dies einzusehen und das darin liegende, bis auf weiteres unlösbare Dilemma - daß alle noch so richtig gemein-

ten Aktionen unter den herrschenden Verhältnissen in falsche sich verwandelt, sehen - zu begreifen, weil es weitgehend zur Handlungsunfähigkeit verdammen würde.

Es geht schließlich nicht um abstrakte Gewaltdiskussionen, sondern darum, daß die gleichen Mittel unter veränderten Umständen das gegenteilige Ergebnis bewirken können.

Wenn die Linke die Revolution nicht macht, bildet sie Mythen. Und zwar schon, wenn sie noch so bescheidene Zwischenziele nicht erreicht. Damit wird am Ende das verraten, was am Anfang ein richtiger Aufbruch hätte sein können.

Hatte die RAF 1976 noch darauf bestanden, sich nur auf die Realität der Metropole zu beziehen sei gleichbedeutend mit: „einen Sektor der konkreten Totalität des Weltsystems als die ganze Realität zu nehmen, so den Schein für die Wirklichkeit“, so mutet heute die Proklamation einer „Strategie, die ihre Wurzel hier hat“ wie eine Distanzierungs- und Degraderungs- erklärung der RAF vom Mai 1982 von der RAF bis 1977 an.

Mehr noch: Begriffe wie „existenzieller Hunger“, „Entscheidung“, „existenzielle Tiefe“, „Erfahrung, die die Wurzel der Militanz ist“, „sich selbst zum Ausgangspunkt des Kampfes machen“, stammen eher aus dem Politikbegriff eines Carl Schmitt (konservativer Staatsrechtler, der nach 1933 dem Nationalsozialismus 'einen Sinn geben' wollte) als eines Karl Marx.

Sie werden freilich unumgänglich, wenn man nicht mehr um der Konstitution der Freiheit willen kämpft, sondern nur noch um des Kampfes willen, weil man keinen Begriff mehr von den Verhältnissen hat, noch weniger einen vom Mittel und schon gar keinen vom Ziel - manchmal jedoch kommt heraus, zu welcher Vorstellung inzwischen die Idee von Befreiung und Freiheit degeneriert ist:

Auf unbeholfen bemalten Postkartenbildchen trampeln böse Dollarbeträger auf armen Massen herum, schaut eine pausbäckige Leila Chaled wie die freundlich-strickende Fernsehomi aus der Augsburger Puppenkiste und spielen in der Mitte in einem großen Stern die Zukunftsvision des Kampfes darstellend händchenhaltende Kinder auf einem Platz an der Sonne: mit fünf Mark sind Sie dabei - das ist übriggeblieben vom Utopiebegriff der Linken.

Wozu dann eigentlich noch Revolution?

V.

Daß das Ziel verloren ist, spiegelt sich, wie einst umgekehrt die Antizipation des Ziels, in der Struktur der kämpfenden Gruppe wider. War es 1974 noch Ulrike Meinhof, die das nur noch einen „Kampf an sich“ magisch-rituell beschwörende Kriegsgeheul mit den Worten kritisierte: „das Kampfgeschrei ersetzt den Kampf“, so sind 1984 diejenigen, die das kritisieren, Ketzler:

„Die noch so unbewußte, aber hartnäckige Sehnsucht der Massen und der bewußte Wille der Illegalen weisen in dieselbe Richtung: genauso weit wie ihre Unbeirrbarkeit ging auch in früheren Revolutionen der kollektive Widerstand, der Rest war Gefolgschaft; ... solange die Gruppe ihren antiautoritären Zielen noch nicht entfremdet ist, solange die Solidarität nicht durch Gehorsam ersetzt wird, ... solange lebt die Hoffnung auf den klassenlosen Zustand“.

schrub Max Horkheimer bereits 1940 in „Autoritärer Staat“. Die Hoffnung auf den klassenlosen Zustand liegt dann nur noch in der Unbeirrbarkeit der überall Herausgesäuberten - der „Kampf an sich“ unterscheidet sich jedoch bald nicht mehr von dem fürs Gegenteil und wird so affirmativ.

VI.

Nur durch immer weiteres künstliches Dummstellen kommt man noch umhin, mit der Politik vor dem Nichts zu stehen. Diejenigen, die die Amnestieforderung als lebt haben, hätten dieser Praxis längst ein Ende gesetzt - sie wären auch die einzigen gewesen, die dazu in der Lage gewesen wären.

Der wohlmeinende Vorschlag, wir sollten, wenn wir nicht kämpfen wollten, dies tun, aber um Himmels willen nicht politisch begründen, zeugt nicht gerade von großem Vertrauen in die eigene Praxis und deren Theorie.

Es gibt natürlich immer Möglichkeiten, Hypothesen aufzustellen, die es ermöglichen sollen, das Falschgewordene weiter zu machen: auch wir haben dies versucht, andere tun es ebenso, weil sie denken, dies zuzugeben sei das Ende, die Kapitulation - dabei ist die Kapitulation, es nicht zuzugeben.

Irgendwann werden die Widersprüche zu viel, irgendwann werden die Reparaturarbeiten zu mühsam, irgendwann hat man die Nase voll von dem unerträglich-unsäglichen Schwachsinn von Leuten, die auch noch behaupten, damit die Revolution zu machen - daß wir daraus die Konsequenz ziehen, selbst wenn sich dabei neue Widersprüche auftun, nicht völlig beweis- und begründbare Aussagen, Zweifel, ist insofern in der Tat „subjektivistisch wie eh und je“ - nichtsdestotrotz unumgänglich: noch nie wurde ein obsolet gewordenes Altes anders beendet.

VII.

Die Reaktion der radikalen Linken auf die Amnestieforderung zeigt, daß sie kapituliert hat.

Was will denn eine Bewegung, egal wie schwach oder stark, jemals erreichen, wenn sie schon das Selbstverständlichste hoffnungslos abwendend beiseiteschiebt, das immer dazugehörte, ob die Bastille gestürmt wurde oder Max Hoelz amnestiert.

„Aussichtslos“ sei es (das mickrige Argument Schmidtscher Realpolitik), die Bewegung würde gespalten (an der Frage der Gefangenen! Dann aber bitte kurz und schmerzlos); die Abschwörbedingung des Staates wird für unveränderbar erklärt und dummschlau verkündet, wer gerade diese Bedingung brechen will, sei der Abschwörer: blöder kann man seinen Offenbarungseid nicht leisten.

Der mit der Attitüde alter Jungfern, die sich einem obzönen Antrag ausgesetzt wännen - pikiertes Prusten und entrüsteter Augenaufschlag gen Himmel - hervorgebrachte Aufschrei, es sei Verrat an der Revolution, auch nur in Erwägung zu ziehen, den Staat durch öffentlichen Druck dazu zu bringen, die Gefangenen freizulassen - diese intellektuelle wie politische Zumutung, ist nichts als feige, scheinheilige Lüge.

Würde der Staat nämlich in diese Bewegung hinein Gefangene entlassen, platze die Illusion, das eigene Handeln sei der Inbegriff revolutionärer Aktion. Also probiert man es erst gar nicht, und da der Staat sich natürlich nicht veranlaßt sieht, die Gefangenen herauszulassen, ohne überhaupt dazu aufgefordert zu werden, ist die self-fulfilling-prophesy perfekt. Diejenigen, die die Amnestieforderung als Konkurrenz der Zusammenlegungsfordernung begreifen, haben eines vergessen: Es gibt kein „Leben“ im Knast, wie es inzwischen allseits gefordert wird, schon gar kein „selbstbestimmtes“, einen idiotischen Euphemismus kann es kaum geben - oder will man sich im Knast einrichten?! -; was es einzig geben kann, ist Überleben im Knast, und dazu wird Zusammenlegung gefordert - sich damit abzufinden, ist Ausdruck genau der Resignation, die denen vorgeworfen wird, die sich nicht damit abfinden wollen.

VIII.

(...)

IX.

Es sind freilich unsere Benennungen von Fakten ebenso wirkungslos und irrelevant wie das hohle Kampfgedöns der Hardliner. Fakten setzen und die Erstarrung beenden können allein die Illegalen.

Sie scheinen sich anzuschicken, als wandelnder Mythos auf 20 Beinen eine (in) haltlos gewordene Politik im Scheitern zu perpetuieren. Auf deren Kontinuität zu bestehen, sie heute nicht offen und bewußt zu diskontinuieren, heißt nicht nur, den vielleicht letzten möglichen Weg zu versperren, die Gefangenen noch einmal herauszubekommen - und zwar ohne abzuschwören und ohne einen solchen Balanceakt vollführen zu müssen, wie wir es jetzt überflüssigerweise gezwungen sind zu tun-, sondern läuft zudem Gefahr, dasjenige, was einst richtig gewesen ist, nachträglich durch den Verlauf der Geschichte als falsch und konterrevolutionär interpretieren zu lassen. Anhaltspunkte für diese Gefahr gibt es schon heute genug.

Im übrigen ist die Notwendigkeit, einzuhalten, nichts Neues: die Tupamaros, die Montoneros, die Weathermen und die black panthers standen vor derselben Situation.

Objektiv vorgegebene Entscheidungen vermeidet man nicht, indem man sich weigert, sie zu treffen, sondern man verpaßt nur eine Gelegenheit, deren Subjekte zu sein und wird alsbald deren Opfer. Wenn dann doch alles gekommen ist, wie es mußte, hat man noch nicht einmal den kümmerlichen Trost zu wissen, ob man es nun eigentlich wollte oder nicht.

(W. Pöhr)

Auch wir haben keine Konzepte und wissen nicht, wie es weitergehen soll; wir sagen hier nur, daß ohne die Erkenntnis dieser Niederlage jeder mögliche neue Anfang blockiert bleibt.

Wenn es überhaupt um irgendetwas geht, dann um Diskontinuität, aber schleunigst. Denn nicht einmal die bietet mehr irgendwelche Garantien, daß nicht alles noch viel schlimmer kommt.

Christof Wackernagel / Gert Schneider



Urteil im Stammheimer Prozeß gegen Peter-Jürgen Boock Dreimal lebenslänglich

taz · Dienstag, 8.5. 84

Stammheim (taz). Die fünf Richter des 2. Strafsenats am Oberlandesgericht Stuttgart unter dem Vorsitzenden Dr. Eitel haben ihr Vor-Urteil ausgesprochen und verurteilten Peter-Jürgen Boock zu dreimal lebenslänglich und 15 Jahren Haft. Für das Ausmaß ihrer Einsichtsfähigkeit und ihrer Bereitschaft zur Wahrheitsfindung hätte eine Verhandlungswoche längst ausgereicht, es hätten keine 15 Monate sein müssen. Was sie als Urteilsbegründung lieferten, hatte die Bundesanwaltschaft schon in der Anklageschrift formuliert, das Strafmaß ihres Urteils unterschied sich bestenfalls buchhalterisch von der Straf-forderung der Bundesanwaltschaft.

Hatte die Bundesanwaltschaft noch viermal lebenslänglich als Sühne für die ehemalige Mitgliedschaft Boocks in der RAF gefordert, so reduzierte der 2. Strafsenat auf dreimal plus 15 Jahre extra. Lediglich in einem Punkt fühlten sich die Richter bemüßigt, das beantragte Strafmaß zu reduzieren: Der versuchte Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, über den Boock in einer Prozeßerklärung sagte, er selbst habe ihn in dem entscheidenden Augenblick noch verhindert, war dem Senat trotz „Heimtücke“ und „niedrigen Beweggründen“ nur noch 15 Jahre wert. Je einmal lebenslänglich verurteilten die Richter für die auch für sie selbst nicht erwiesene direkte Tatbeteiligung an der Ermordung des Frankfurter Bankiers Jürgen Ponto, die Entführung des ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyers und die Ermordung seiner drei Begleiter und letztendlich auch für die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, obwohl auch sie selbst konstatierten, daß Boock just zu dieser Zeit in Bagdad weilte.

Aber, so der Vorsitzende, die Entführung und Ermordung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten sei lange vor der Tatausführung geplant worden, und eben daran sei Boock beteiligt gewesen.

In der Einleitung zur Urteilsbegründung hatte der vorsitzende Richter Dr. Eitel zwar noch ausgeführt, „um eine Legendenbildung zu vermeiden“ unterstelle das Gericht der RAF keine quasi basisdemokratische Kollektivstruktur, daß allerdings scheint er in seiner folgenden Begründung wieder vergessen zu haben.

„Wer die Macht hat, hat das Recht und wer das Recht hat, beugt es auch!“. 15 Prozeßbesucher und Freunde des „Aussteigers“ oder „Verräters“, wie Boock von der Bundesanwaltschaft (BAW) und Mitgliedern der RAF bezeichnet wird, waren von ihren orangefarbenen Plastikstühlen im Prozeßsaal aufgestanden, zogen ihre Pullover aus und hielten diese Worte — groß auf ihre Unterhemden geschrieben — dem Gericht entgegen. Daraufhin verließen sie einer nach dem anderen, ein Wort nach dem anderen, den Gerichtssaal, die Rechtsbeugung konnte beginnen.

Die 15monatige Hauptverhandlung habe in der Pflicht der Ereignisse des Jahres 1977 gestanden, erklärte der Vorsitzende. An der Schuld des Angeklagten bestünden keine Zweifel.

„An der Herausforderung des Terrorismus hat sich nichts geändert“, sagte Helmut Kohl nach der Ermordung Schleyers vor dem Bundestag, „er wird zu neuen, vielleicht noch brutaleren Schlägen ausholen, wenn wir ihn nicht mit aller Entschlossenheit ausbrennen“.